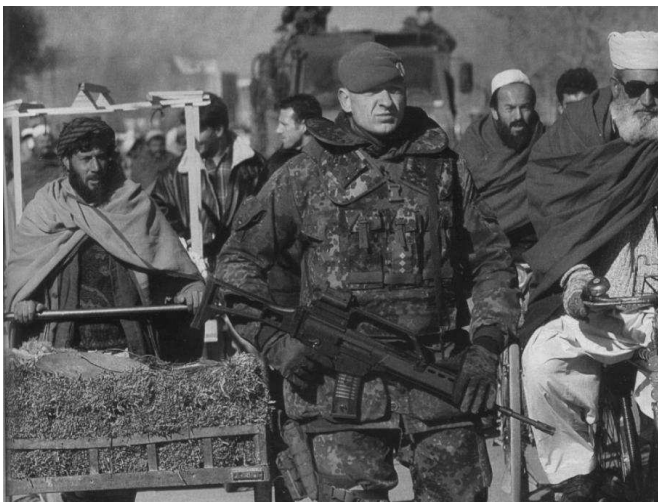


# Gegen Aufrüstung, Besatzung und Krieg! Abrüstung statt Sozialabbau!

Am 1. September vor 65 Jahren entfachte Nazi- Deutschland durch den Überfall der Wehrmacht auf Polen den 2. Weltkrieg. Über 50 Millionen Menschen verloren ihr Leben, davon 20 Millionen Sowjetbürger. 11 Millionen politisch und rassistisch Verfolgte wurden ermordet - darunter 6 Millionen Juden. Nachdem die Alliierten im Mai 1945 die Welt vom Faschismus befreit hatten, einte die Überlebenden weltweit die Überzeugung „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg“.

Eine Konsequenz war die Gründung der UNO und eine Stärkung des Völkerrechts durch die Ächtung von Angriffskriegen. Aber schon mit Gründung der Bundesrepublik wurden die Wiederaufrüstung und der Aufbau einer Rüstungsindustrie vorbereitet.



Mittlerweile ist, so Militärminister Struck, das „**mögliche Einsatzgebiet der Bundeswehr die ganze Welt**“. Zur Zeit sind etwa 8.000 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz. Sie betreibt nicht nur „Peace keeping“ im Rahmen der UNO, sondern beteiligt sich vor allem weltweit an Kriegseinsätzen, wie 1999 bei dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Damit hat die rot-grüne Bundesregierung bereits mehrfach das Grundgesetz gebrochen. In diesem heißt es, „der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ und schon die Unterstützung von Angriffskriegen wird unter Strafe gestellt.

Dennoch wird die Bundeswehr weiter hochgerüstet für mehr und umfassendere militärische Interventionen im Rahmen schneller Eingreiftruppen von NATO und EU. **Neuanschaffungen** wie Eurofighter, Airbus, Schützenpanzer, lasergelenkte Bomben, Fregatten und U-Boote in Höhe im Wert von ca. 70 Mrd. Euro lassen den deutschen Militärhaushalt stetig wachsen, während gleichzeitig mit der Agenda 2010 massiver Sozialabbau betrieben wird.

Das ist Teil einer EU-weiten Politik. Die Europäische Union maßt sich in ihrer Sicherheitsdoktrin analog zu den USA ebenfalls eine Präventivstrategie an, und stellt

sich damit offen gegen die fundamentalen Grundsätze der UN-Charta. Um ihre militärische Macht stetig auszubauen, soll **mit der geplanten Verfassung die jährliche Steigerung der Militärausgaben zur Pflicht werden**. Dieser Zwang zur Aufrüstung geht in dem Entwurf, der dem Neoliberalismus Verfassungsrang verleiht, u.a. einher mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Weiterer Sozialabbau ist so vorprogrammiert. Soll europäische Außenpolitik mit Recht Friedenspolitik genannt werden können, müsste statt auf militärische Stärke auf zivile Konfliktlösungen, sozialen Fortschritt und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung gesetzt werden.

Aus Anlass des 1. September erinnern wir daran, dass weltweit immer noch unschuldige Menschen durch Kriege getötet, verstümmelt, vertrieben, vergewaltigt und traumatisiert werden.

Die Regierung der USA und ihre „Koalition der Kriegswilligen“ befinden sich in einem selbsterklärten „**Krieg gegen den Terror**“. Das alte Feindbild „Kommunismus“ wurde durch das neue Feindbild Islam ersetzt, Muslime werden zunehmend Opfer von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. „**Terrorismus**“ lässt sich **militärisch nicht beseitigen**. Ganz im Gegenteil Krieg selbst, ist die schlimmste Form von Terrorismus und provoziert unweigerlich Gegengewalt.



**Der Krieg gegen den Irak** und die noch andauernde Besatzung haben das jahrelang belagerte Land in fürchterliches Elend gestürzt. Führten die Enthüllungen über die systematische Folter durch US-amerikanische und britische Soldaten zu einem internationalen Skandal, so steht eine ähnlich breite Aufklärung bei anderen **Verbrechen im Krieg und während der Besatzung** noch aus.

Hierzu zählen u.a.:

- die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts,
- die ungenügende Bereitstellung lebensnotwendiger Dienste, Nahrung, Gesundheit und Bildung,
- die grundlegenden Änderungen der ökonomischen Struktur des Landes, die Ruinierung einheimischer Firmen, und die Verursachung extremer

Erwerbslosigkeit,

- Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Anwendung von Kollektivstrafen und willkürliche Festnahmen.

Demütigungen, Folter und die fürchterlichen Massaker durch die Bombardierungen von Städten, wie Falludscha und Nadschaf, sind nur Spitzen eines Eisberges alltäglicher Gewalt.

**Die deutsche Regierung half der USA im Irak-Krieg** durch Bereitstellung von Territorium, Luftraum und Soldaten und unterstützt auch jetzt die Besatzungspolitik der USA, zuletzt durch die Zustimmung zur UN-Resolution 1546, die den Aggressoren weiterhin die volle Kontrolle über den Irak zubilligt.



Wir sehen uns angesichts zweier Weltkriege, die von Deutschland ausgingen, in der Verantwortung. Deshalb fordern wir:

- **Keine Unterstützung der Kriegspolitik der USA, Israels und der Nato!**
- **Abzug aller Besatzungstruppen aus dem Irak und aller deutschen Truppen aus fremden Ländern, insbesondere vom Balkan und aus Afghanistan!**
- **Sofortiger Abriss der Mauer durch die Westbank und Rückzug Israels aus den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten.**
- **Radikale Abrüstung und Nutzung der freiwerdenden Ressourcen zur Lösung nationaler und globaler gesellschaftlicher Probleme!**
- **Keine Militärisierung der EU! Europa darf keine Atommacht werden!**
- **Abzug aller ausländischen Truppen und Atomwaffen aus Deutschland! Verzicht auf die nukleare Teilhabe! Einsatz der Bundesregierung für die Abschaffung aller Atomwaffen!**
- **Kein Export von Rüstungsgütern! Umstellung militärischer auf zivile Produktion!**
- **Kein Abbau demokratischer Rechte unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung!**
- **Bleiberecht für Kriegsflüchtlinge und Kriegsdienstverweigerer! Volle Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl!**

*Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg*